

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

III/1996

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Moderatorin und Kontrahenten: Prof. Dr. Petra Kappert mit Abubekir Saydam (l.) und Ahmet Külähci im Vortragssaal der Volkshochschule Osnabrück
Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

20. Juni 1995

»Der Konflikt zwischen Türken und Kurden«

– Streitgespräch –

Moderation:

Prof. Dr. Petra Kappert

Turkologin an der Universität Hamburg

Ahmet Külahci

Bonner Korrespondent der *Hürriyet*

Abubekir Saydam

Vorsitzender des Komkar-Verbandes der Vereine aus Kurdistan e. V.

Kappert: Es soll im folgenden Streitgespräch darum gehen, diverse Standpunkte darzustellen, aber auch den Austausch zu versuchen. Lassen Sie mich damit beginnen, eine mittlerweile gängige und in der Presse häufig wiederholte Einschätzung anzuführen, wonach »das Kurdenproblem *der* Konflikt des nächsten Jahrhunderts« sein wird – wie überhaupt das 21. Jahrhundert dem Islam gehören werde. Es wäre ein Konflikt, der ausgetragen würde namens des viertgrößten Volkes im Orient. Mit heute rund 22 Millionen Menschen bilden die Kurden neben Arabern, Persern und Türken eine Bevölkerung, die sich im nächsten Jahrhundert vielleicht noch deutlicher als bisher dazu aufrufen wird, nach neuen Möglichkeiten für die eigene Existenz zu suchen. Kurden leben nicht nur in der Türkei, wenngleich der größte Teil der Gesamtbevölkerung dort seit langer Zeit bis heute ansässig ist; sie leben außerdem im Iran und Irak, in Syrien und auch in Armenien. Daß sich die Frage ihrer Existenz und – möglicherweise – ihrer veränderten Existenz in den letzten Jahren so stark in den Vordergrund geschoben hat, mag auch damit zusammenhängen, daß die Kurden in der Türkei in einem Staat leben, der ihnen immerhin rudimentäre Möglichkeiten der politischen Partizipation bietet; in einem System, das sich seit langer Zeit mit Nachdruck an demokratischen Formen orientieren möchte, wenngleich immer wieder mit Einbrüchen und mangelndem Erfolg. Auch wenn wir es heute ungern glauben mögen, so hängt doch zweifellos die Form der kurdischen Partizipation an der Politik in der Türkei auch mit dem politischen System dieses Landes zusammen. Die politische Entwicklung der Türkei ist grundsätzlich anders als in den Ländern, die ich bereits angesprochen habe, und die Mehrzahl der Kurden lebt in der Türkei in einem ganz besonderen System und unter besonderen Bedingungen.

Historisch gesehen muß unterschieden werden zwischen dem Osmanischen Reich und der Republik Türkei, seinem Nachfolgestaat. Das Osmanische Reich war ein Vielvölkerstaat, in dem seit Jahrhunderten viele verschiedene Ethnien wie selbstverständlich nebeneinander existierten. Die führende, nicht weiter differenzierte Ethnie war die der Muslime. Der Islam dominierte, und die Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit – türkisch, arabisch oder kurdisch – war von unwesentlicher Bedeutung. Anders verhielt und verhält es sich in der – seit 1923 – Republik Türkei. Der erste Nationalstaat auf türkischem Boden hatte seine Ausgangsposition in dem Bekenntnis zum Türkentum aller seiner Bewohner und darüber hinaus in dem Bekenntnis aller dieser Bewohner, wie immer sie auch ethnisch zu definieren waren, zur territorialen Integrität des Staates. Indem die Türken – nach dem osmanischen Weltreich – sich auf ein Kernland konzentrierten und auf den Wiedererwerb der ehemals osmanisch okkupierten und nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete verzichteten, wurde diese territoriale Einheit, Integrität zu einem unverzichtbaren und unangreifbaren Prinzip des neuen Staates: Verteidigung jeden Zentimeters des Staatsgebietes. Mit diesem Prinzip haben andere Ethnien in der Türkei zu leben oder sich ihm unterzuordnen.

Die Kurden haben sich auf unterschiedliche Weise mit diesem Staat arrangiert; heute sieht es so aus, als sei die Konfrontation überhaupt nicht mehr zu kitten, als sei insbesondere die Frage des Beharrens auf der territorialen, nationalen Einheit des Staates Türkei zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk völlig umstritten, wodurch der äußere Eindruck entsteht, daß die Waffen in dieser Frage entscheiden müßten

Saydam: Wenn es darum geht, daß Völker nach einer Phase der gewaltsamen Auseinandersetzung lernen wollen, wieder in Frieden und Gleichberechtigung miteinander zu leben, dann ist es ratsam, abwägend, nicht einseitig an den Konflikt heranzugehen, um zur Deeskalation der gefährlichen Lage beizutragen.

Der Kurdenkonflikt entzündete sich nicht erst in den 50er Jahren oder seitdem die PKK den Kampf begann (wie von türkischer Seite immer wieder behauptet wird). Es handelt sich vielmehr um einen über 75 Jahre währenden Konflikt, der seit der Gründung der Republik Türkei bis heute andauert und weiterhin virulent bleiben wird, sollte es nicht zu einer gerechten Lösung kommen. Er bezeichnet eine der grundsätzlichen Fragen der Türkei heute, die nicht nur die türkische Gesellschaft und Politik beschäftigt, sondern diesen Staat auch in Probleme mit Westeuropa bringt. Indizien sind die seit Monaten anhaltende unselige Diskussion in Deutschland über die Abschiebung der Kurden in die Türkei, die Auseinandersetzung um die Aufnahme der Türkei in die Zollunion und die im Europarat geführte Diskussion über das Einfrieren der türkischen Mitgliedschaft in diesem Gremium. Diese Fakten zeigen, daß die »Kurdenfrage« – entgegen den ständigen Wiederholungen türkischer Offizieller – nicht nur eine innenpolitische Angelegenheit jenes Landes, sondern auch eine Frage der internationalen Gemeinschaft geworden ist.

Der Konflikt zwischen der Türkei und ihren europäischen Partnern bezieht sich auf drei Kernpunkte: Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, und jeder, der in diese Gemeinschaft integriert werden will, muß diese Werte anerkennen und sie teilen. Die wichtigsten Grundsätze dieser Wertegemeinschaft sind die Menschenrechte, die pluralistische Demokratie und die freie Marktwirtschaft. Solange die Türkei sich dieser Wertegemeinschaft nicht fügt, wird sie nicht integriert werden können. Der Hinweis auf die »inneren Angelegenheiten«, in die man sich nicht einzumischen habe, kann angesichts der konsensuellen Prinzipien innerhalb der EU nicht akzeptiert werden.

Was die Anzahl der in der Türkei lebenden Kurden betrifft, so beläuft sie sich nach unseren Schätzungen auf ca. 20 Millionen Menschen – eine Zahl, die ernsthaft nicht zu bestreiten ist, wenngleich dies oft getan wird. So hat der verstorbene Staatspräsident Özal 1992 während einer Reise in Rußland von 15 Millionen Kurden in der Türkei gesprochen, und der amtierende Minister für Menschenrechte nannte noch vor kurzem in einem Interview, das auch in den türkischen Zeitungen erschien, die Zahl von ca. 20 Millionen. Diese Menschen leben nicht nur in den kurdischen Gebieten, sondern in der Gesamttürkei, auch in den westlichen Metropolen. Man sagt, die größte kurdische Stadt sei Istanbul, weil dort ca. 2 bis 3 Millionen Kurdinnen und Kurden leben.

Die Türkei führt seit Mitte der 80er Jahre einen ziemlich brutalen und schmutzigen Krieg in Kurdistan unter dem Vorwand der Terrorismus-, sprich: der PKK-Bekämpfung, obwohl jeder von uns weiß, daß sie in diesem Krieg eigentlich in erster Linie die Zivilbevölkerung unterdrückt. Auch offiziellen türkischen Angaben zufolge sind über 1.500 Siedlungen zerstört und – nach Einschätzung des Menschenrechtsvereins in der Türkei – die Menschen aus nahezu 2.500 Dörfern, Weilern und Städten vertrieben worden. Ohne jede Zukunftsperspektive in den westlichen Metropolen angesiedelt, bilden diese Menschen ein neues Konfliktpotential. Ganz unterschiedslos verfährt der türkische Staat nach einem brutalen Schema: Jeder, der sich zu seiner kurdischen Identität bekennt und für das gleichberechtigte Leben der beiden Völker einsetzt, sich also für die kurdische Identität als Kurde einsetzt, wird als Feind betrachtet, der am besten getötet werden sollte. Für den Staat ist das ein PKKler, unabhängig davon, ob er mit der PKK zu tun hat oder nicht! Schluß damit! Auf diese Weise hat der türkische Staat in den letzten Jahren sogar eigene natürliche Ressourcen zerstört, indem riesige Waldgebiete niedergebrannt wurden, um der Guerilla Unterschlupfmöglichkeiten zu nehmen. Damit zerstörte man aber auch wichtige ökonomische Grundlagen Kurdistans, denn ein großer Exportschlager der Türkei war bis in die 80er Jahre der Verkauf lebender Tiere aus diesen Gebieten in die Nachbarländer.

Das hat selbstverständlich in erster Linie Folgen für die kurdische Bevölkerung. Es wirkt sich zudem aber auch verheerend für die türkischen Bewohner aus. Denn dieser

Krieg verschlingt nach offiziellen Angaben 7 Milliarden Dollar jährlich. Und jeder, der die Türkei kennt, weiß, daß aus Geheimfonds, die den in den Notstandsgebieten herrschenden Gouverneuren bzw. Präfekten zur Verfügung stehen, noch weitere vergleichbare Beträge in diesen Krieg fließen. Dies geschieht angesichts der Arbeitslosigkeit und einer Inflation, die heute offiziell schon bei über 100 Prozent jährlich liegt; angesichts von Verarmung, Verelendung, Verteuerung und vor allem angesichts eines riesigen städtischen Konfliktpotentials, bestehend aus Millionen Menschen, die ohne Arbeits- und Wohnmöglichkeiten in die westlichen Metropolen vertrieben worden sind und weiterhin vertrieben werden. Diese Menschen sind Konkurrenten für die dortige einheimische Bevölkerung, und zudem wird von den Städten eine von den meisten türkischen Medien unterstützte Kurden-Türken-Feindlichkeit forciert. Diese Feindlichkeit, dieser neue Konflikt ist durch dieselben Kräfte auch nach Deutschland transportiert worden. Wir müssen also auch hier in der Bundesrepublik einem großen Problem entgegensetzen, das nicht nur unter den Türken und Kurden bleiben, sondern auch den Rechtsradikalen viele Argumente in die Hände spielen wird, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu schüren.

Wie soll man das Problem bewältigen? Ich denke, es ist mittlerweile überdeutlich geworden, daß weder der türkische Staat noch die PKK diesen Krieg gewinnen kann. Zerstörung der Siedlungen und Vertreibung der Bevölkerung werden die letzten Brücken zwischen den beiden Völkern, die über tausend Jahre zusammengelebt haben, einreißen. Wir möchten das verhindern, wir setzen uns ein für das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben mit dem türkischen Volk und mit den anderen dort lebenden Minderheiten. Denn die Türkei ist ein Mosaik von ethnischen und religiösen Gruppen, die seit Jahrtausenden dort zusammenleben. Wir sind die Erben dieser föderativen Zivilisation, wir haben die Aufgabe, dieses Erbe weiterzuführen und damit zur Weltkultur beizutragen. Indem aber der türkische Staat diesen Krieg fortführt, treibt er durch seine eigene Politik junge Menschen insbesondere in die Arme der PKK, denn es gibt für diese jungen Menschen keine andere Möglichkeit.

Die Türkei ist bis heute nicht gewillt, ihre bisherige, seit 75 Jahren anhaltende Politik aufzugeben. Weiterhin schlägt sie Aufstände (wie seit 1925 schon sieben Mal) gewaltsam und blutig nieder. Hingegen ist es das Ziel aller kurdischen Kräfte, einschließlich der PKK, innerhalb der heutigen Grenzen der Türkei in einer föderativen Republik mit dem türkischen Volk zusammenzuleben. Die Bedingung ist lediglich, daß der türkische Staat, der ja eigentlich das Potential, den Grund für diesen Konflikt gegeben hat, den ersten Schritt unternimmt und einen Waffenstillstand ausruft, der Verhandlungen ermöglicht. Ein Umdenken in diese Richtung ist jedoch nicht in Sicht. Dennoch gibt es m. E. Möglichkeiten, zur Deeskalation beizutragen und den Konflikt in friedliche Bahnen zu lenken. So müssen die demokratischen Kräfte in der Türkei – ganz gleich welcher Ethnie – weiter gestärkt werden. Auch hier in Deutschland hat man vor einigen Wochen von der Initiative jenes türkisch-kurdischen Schriftstellers gehört, wobei er und über 1.000 weitere Intellektuelle sich selbst beim Staatssicherheitsgericht denunziert haben; pro Woche werden nun über 100 Intellektuelle verhört, weil sie diese Initiative unterstützt und unterschrieben haben.

Es gibt aber auch andere demokratische, allerdings politisch schwache Kräfte in der Türkei, die sehr ernsthaft zur Beendigung dieses Krieges, zur Aufnahme eines Dialogs aufrufen. Hingegen sind die Falken, die den für sie profitablen Krieg weiterführen wollen, politisch immer noch sehr einflußreich. So erhalten alle Beamten und Offiziere, die in Kurdistan eingesetzt werden, das dreifache Gehalt; viele Unternehmer sind während dieses Krieges aufgrund staatlicher und sozialer Aufträge (insbesondere Bauaufträge)

innerhalb weniger Jahre zu Milliarden geworden; vor allem die Offiziere profitieren vom Krieg, weil sie den militärisch-industriellen Komplex – wie bekannt ist – größtenteils in der Hand halten bzw. kontrollieren. Diese Kräfte haben ein starkes Interesse daran, daß der Krieg *nicht* beendet wird. Daher bleiben nur die Möglichkeiten, von der inneren demokratischen Dynamik her und von Europa aus auf die Türkei einzuwirken, denn auch wir Kurden treten für deren EU-Mitgliedschaft ein. Allerdings unter der Bedingung, die Kurdenfrage zu lösen, demokratische Verhältnisse zu schaffen und die Menschenrechte zu garantieren.

Külahci: Zunächst will ich deutlich sagen, daß ich hier nicht als Vertreter oder Sprecher der türkischen Regierung vor Ihnen stehe. Genauso deutlich muß ich betonen, daß nicht alles, was in der *Hürriyet* zu lesen ist, meiner Meinung entspricht. Ich arbeite für diese Zeitung, bin deren Bonner Korrespondent und schreibe über Themen, die meistens die Bundesrepublik Deutschland und die türkischen Staatsangehörigen betreffen, die hier leben.

Selbstverständlich teile ich Herrn Saydams Positionen nicht in der Weise, wie er sie soeben formuliert hat. Für mich ist die wirtschaftliche Dimension dieses Krieges zweit-rangig. In der Türkei sind seit 1984 fast 20.000 Menschen – ob türkischer oder kurdischer Abstammung – in Folge des Konflikts umgekommen, und das ist eine Tragödie. Für mich ist es in erster Linie wichtig, daß die Gewalt beendet wird, denn Geld ist immer ersetzbar, Leben aber nicht.

Zunächst: Ich finde die Diskussion, die in Deutschland über den angeblichen Einsatz deutscher Waffen in diesem Konflikt geführt wird, absurd. Was soll dieser Unsinn? Waffen in ein Land zu liefern und dann zu fordern »Bitte nicht einsetzen!« ist idiotisch. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Rüstungsexporteur der Welt (1994 exportierte Rüstungsgüter in Höhe von 6,3 Milliarden DM). Sich dann über den Einsatz dieser deutschen Waffen zu empören, zeugt von einer unglaublichen Doppelmoral. Es ist einem Türken oder Kurden – ob PKK-Angehöriger oder Zivilist – doch völlig gleichgültig, mit welchen Waffen er getötet wird. Deswegen müssen wir uns Gedanken machen, den Konflikt selbst beizulegen.

Auf der anderen Seite wird hier seit Jahren darüber diskutiert, ob man kurdische Asylbewerber in die Türkei abschieben soll oder nicht. Auch dafür habe ich kein Verständnis! Wenn man davon ausgeht, daß diese Menschen in der Türkei gefoltert werden, dann sollten sie natürlich nicht dorthin abgeschoben werden. Ich selbst will nicht unbedingt ausschließen, daß Folterungen vorkommen können – was ich selbstverständlich verurteilen würde. Andererseits ist die hier immer wieder lancierte Behauptung barer Unsinn, daß alle Kurden oder alle türkischen Staatsangehörigen, die in die Türkei abgeschoben werden, dort gefoltert werden. Das heißt nicht, daß die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht verbesserungsfähig wäre.

Ich ärgere mich darüber, daß sich sowohl in der Türkei als auch in Deutschland Politiker oder Behörden immer noch weigern, bestimmte Realitäten zu akzeptieren. Als jener Bericht von amnesty international hier erschien, wonach in Berlin, Hamburg und München Ausländer mißhandelt – nicht gefoltert, aber »folterähnlich« mißhandelt (ich weiß nicht, was »folterähnlich« meint; möglicherweise gilt das, was in der Türkei angeblich geschieht, als Folter und das, was in Deutschland geschieht, nur als »folterähnlich«?) – wurden, da reagierten die Politiker sofort mit Abwehr, Verleugnung und Beschimpfung und nicht etwa mit der Versicherung, die aufgezeigten Fälle zu untersuchen und solche Untaten in Zukunft zu verhindern. Das handhaben auch die türkischen Behörden und Politiker nicht viel anders. Wenn also in einem westlichen demokratischen Rechtsstaat derartige Untaten vorkommen und nicht ganz beseitigt sind, so sind sie auch in der Tür-

kei nicht so ganz einfach zu beseitigen. Das ist keine Relativierung; selbstverständlich sollte soetwas überhaupt nicht passieren können, nirgends. Aber wenn wir realistisch sind, müssen wir feststellen, daß es leider nicht ganz zu beseitigen ist.

Was die Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei und die Frage einer Zollunion angeht, so bin ich nicht der Auffassung, daß sich durch eine rigorose Haltung der EU die Verhältnisse in der Türkei verändern könnten. Wenn der Westen in der Türkei etwas erreichen will, kann er sie nicht von sich wegschieben. Man kann in einem Haus einen Nachbarn nur beeinflussen, indem man mit diesem Nachbarn gute Beziehungen pflegt. Wenn man voreinander die Türen zuschlägt, kann kein Dialog und deshalb auch keine positive Änderung zustande kommen.

Kappert: Den letzten Äußerungen entnehme ich, daß beide Herren so weit voneinander eigentlich nicht entfernt sind. Ich glaube, Sie haben in unterschiedlicher Weise sehr ähnliche Einschätzungen zum Ausdruck gebracht: Die Türkei sollte nicht in der Isolation verharren, sie darf nicht gewaltsam in eine Ecke gedrängt werden, in der sie auf gefährliche Gedanken kommen könnte. Die Nähe zu Europa kann nur förderlich sein, und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven heraus. Ich möchte aber nun einen der ganz zentralen Punkte ansprechen: Herr Saydam sieht offenbar eine mögliche Lösung des Konflikts in der Türkei darin, daß die beiden Ethnien eine staatliche Konföderation bilden, deren Bedingungen aushandelbar sind und wofür es Modelle in Europa gibt. Sie haben es angedeutet, Ihnen erscheint das realisierbar. Nun frage ich Herrn Külahci: Ich vermute, Sie hegen eine andere Vorstellung vom türkischen Staat. Ist die Formulierung Föderation oder Konföderation für Sie ein »rotes Tuch«?

Külahci: Nun, was heißt »ein rotes Tuch«? Wir sollten das Problem einmal von einer retrospektiven Position aus betrachten. Bis zum Jahre 1988 durfte in der Türkei das Wort »Kurde« nicht in den Mund genommen und nicht geschrieben werden (als Journalisten schrieben wir immer »Menschen aus Südostanatolien« o. ä.). Im Laufe der Zeit haben das dann sogar die politisch Verantwortlichen ins Gespräch gebracht, und der ehemalige Staatspräsident Özal hat selbst den Begriff der Föderation in die einschlägige Diskussion eingeführt. Darüber wird in der Türkei debattiert, auch in den Parteien. Im Programm der Demokratischen Volkspartei etwa ist der Hinweis auf eine eventuell zumindest denkbare Föderation und kulturelle Autonomie der Kurden zu finden. Im übrigen ist in der Satzung des kurdischen Exilparlaments m. W. von einem föderativen System nicht die Rede. Das föderative System, das wir hier in Deutschland oder in manchen anderen europäischen Ländern haben, wäre natürlich eine denkbare Möglichkeit. Aber es gibt m. E. nur wenige Leute, die wie Herr Saydam dieses unmißverständlich wünschen; und weder die türkische noch die kurdische Seite spielen in dieser Hinsicht mit offenen Karten.

Kappert: Zu dieser zentralen Frage sollte Herr Saydam Stellung nehmen! Wie sind solche Bekundungen für eine neue Form des Zusammenlebens zu werten? Ist das alles nur Geschwätz von heute, während man langfristig ganz anders darüber denkt? Oder wie sieht es aus?

Saydam: Ich denke nicht, daß es sich um Geschwätz handelt. Als der verstorbene Staatspräsident Özal über die Föderation sprach, sagte er: Wir müssen sie den Kurden ja nicht unbedingt zugestehen, aber wir können einmal darüber diskutieren, was denn »Föderation« heißen soll. Allerdings hat er tatsächlich zum ersten Mal ein Tabu gebrochen, das muß klar gesagt werden. Wenn wir von einer Föderation reden (und da redet eigentlich



Abubekir Saydam

Photo: E. Scholz

die PKK zumindest seit 1993 auch nicht viel anders), meinen wir zunächst eine schrittweise Annäherung zueinander im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen. Dazu gehören beispielsweise das Recht auf muttersprachliche Erziehung in den kurdischen Gebieten, die Zulassung kurdischer Radio- und Fernsehsendungen und die Verwendung unserer Sprache in Behörden und öffentlichen Institutionen. Das wären keine föderativen Maßnahmen oder Gesetzgebungen, sondern Schritte, die einem friedlichen Dialog den Weg ebnen könnten. Ob und wie wir anschließend zu einer Föderation kommen, muß diesem Dialogprozeß überlassen sein.

Ein gegenwärtiges Problem ist nun, daß man hinter die Aussagen von 1991 zurückgefallen ist. Herr Demirel sprach seinerzeit von kurdischer Realität; heute sagt Frau Ministerpräsidentin Ciller, es gäbe keine Kurden, keine kurdische Realität mehr. Seinerzeit war es immerhin – zwar unter Repression – möglich, kurdische Publikationen zu veröffentlichen; heute werden fast alle Veröffentlichungen entweder sofort beschlagnahmt oder aber verboten. Die Gangart den kurdischen Forderungen gegenüber ist also viel härter geworden, und das ist kein guter Ton. Wenn es zu einem Dialog kommen soll, dann müßten zuerst die Waffen schweigen, um den Menschen das sichere Gefühl zu vermitteln, nun wieder miteinander reden zu können. Dieser erste Schritt muß getan werden; über alles andere kann man dann nach und nach verhandeln.

Ein anderes Problem betrifft die westliche Wertegemeinschaft. Die Türkei hat die Pariser Menschenrechtscharta, die der OSZE, die Moskauer Menschenrechtsverträge, die Europäische Menschenrechtskonvention und weitere internationale Verträge unterschrieben und ratifiziert. Wenn die ausländischen Partner heute nun die Respektierung der Menschenrechte in der Türkei einfordern, so reagiert die türkische Seite immer wieder mit dem Hinweis auf die Fundamentalisten, die angeblich umso stärker werden, je mehr westlicher Druck ausgeübt wird.

Und dann geschieht plötzlich diese Aktion gegen die Aleviten. Wer eigentlich löste diese Frage aus? Sind es die Aleviten selber, die unbedingt diesen Staat als Feind sehen, oder sind es der Staat oder fundamentalistische Kreise, die den religiösen Fundamentalismus anheizen? Kreise, die sich durch die von den Generälen nach 1980 in Gang gesetzte türkisch-islamische Synthese bildeten und zu einem wichtigen Faktor der staatlichen Politik avanciert sind. Diese Widersprüche muß man sehen, über sie nachdenken und nicht die Schuldigen weit draußen suchen. Es gibt ja vernünftige Journalisten und Wissenschaftler in der Türkei, die sagen: »Diese Frage müssen wir selber lösen. Wir können doch nicht Europa beschimpfen, sich nicht in unsere Angelegenheiten zu mischen! In Wahrheit ist das *unsere* Frage!«

Kappert: Die gegenseitigen Zuweisungen sind klar, jeder erwartet vom anderen den ersten Schritt. Aber wie ist es mit einer häufig formulierten Position des türkischen Staates, wonach er Verhandlungen so lange verweigert und Gegenterror einsetzt, wie der kurdische Terror anhält? Wie ist es mit einem Gewaltverzicht im Rahmen der kurdischen Bemühungen um mehr Autonomie in der Türkei? Diese Maximalforderung insbesondere an die PKK wird bisher umgangen, nicht beachtet oder rundweg abgeschlagen. Ist das eine Frage, die man gar nicht stellen darf, weil sie gegenwärtig im Eifer des Gefechts nicht attraktiv ist? Gewaltverzicht überall?

Saydam: Die PKK hat 1993 den ersten Schritt dazu getan, indem sie einseitig den Waffenstillstand erklärt, ihn aber leider nur zwei Monate eingehalten hat. Und nach ihren Verlautbarungen ist sie auch heute sofort zu einem Waffenstillstand bereit, wenn der Staat mitzieht. Ich halte die Politik für glaubwürdig, wenngleich ich kein PKKler bin und Sie meine diesbezügliche Position kennen. Außerdem: Wer übt eigentlich seit 70 Jahren den Terror aus? Im Grunde genommen ist die PKK die Reaktion auf diesen Terror, auf diese seit vielen Jahrzehnten anhaltende Gewalt. Die Gewalt muß nicht unbedingt bewaffnet sein; man kann auf vielerlei Arten Gewalt ausüben. Der türkische Staat hat in der Assimilierungspolitik ständig Gewalt gegen die Kurden eingesetzt, und irgendwann einmal wurde die Gewalt mit Gegengewalt beantwortet. Sehr viele vernünftige Menschen in der Türkei sind der zutreffenden Auffassung, die PKK sei ein Produkt der türkischen Politik – was auch dem Selbstverständnis dieser Organisation entspricht. Der Staat muß sich darauf besinnen, daß er für die Bürger da ist und nicht die Bürger für ihn. Entsprechend muß er auch die Kurdinnen und Kurden als seine Staatsbürger anerkennen und ihnen Gleichberechtigung garantieren. Er muß die ersten Schritte tun und den Krieg beenden.

Külahci: Darüber zu debattieren, ob zuerst das Ei oder die Henne da war, ob zuerst der Staat oder die Kurden Terror ausgeübt haben, ist unsinnig. Wenn der türkische Staat tatsächlich seit 70 Jahren Terror ausübt, dann sind auch die Kurden daran beteiligt. Kurden und Türken genießen gleiche Rechte in der Türkei, die Kurden waren und sind im türkischen Parlament ebenso vertreten wie die türkische, die tscherkessische, die tartarische und jede andere Volksgruppe. Ähnlich ist es beispielsweise in der Armee, in der es ebenfalls zahlreiche kurdische Offiziere gibt, und zwar über alle Ränge verteilt vom Leutnant bis zum General. Wenn man nun die Türkei beschuldigt, sie übe seit 70 Jahren Terror aus, so sind daran sowohl Kurden als auch Türken als auch andere ethnische Minderheiten beteiligt. Der Kollege Saydam wird nun sicherlich entgegenhalten, das seien türkisch assimilierte Kurden, die sich im türkischen Parlament befinden. Mein Gott!, wo sind denn *keine* assimilierten Staatsangehörigen in den Parlamenten vertreten? Schaut man sich in Spanien, Frankreich oder Amerika die Parlamente an, so ist doch der Abgeordnete grie-

chischer Herkunft nicht aufgrund eben dieser Herkunft im amerikanischen Kongreß! Er ist vor allem amerikanischer Staatsbürger.

Selbstverständlich teile ich die Auffassung, Kurden und deren Identität anzuerkennen; sie sollen ihre eigene Sprache sprechen und eigene Schulen haben. Das ist ja ihr Recht, und warum sollte man es ihnen verwehren? Warum sollte denn diese nationale Minderheit nicht diese gleichen Rechte haben, wie die anderen nationalen Minderheiten, Griechen, Juden und Armenier? Ich bin aber nicht einverstanden mit der Auffassung Herrn Saydams, wonach den Kurden angeblich die rechtlichen Möglichkeiten, die allen Staatsangehörigen in unserem Land zustehen, vorenthalten werden. Ich als Türke habe in Anatolien in einem Dorf eine Dorfschule besucht. Herr Buzak, ein Freund von Herrn Saydam und Vorsitzender des Vereins für Menschenrechte in Kurdistan, ist als Kurde in Istanbul aufs College gegangen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch! Ich sehe im Grunde genommen überhaupt keine rechtliche Benachteiligung. Man muß ehrlicherweise aber zugeben, daß die Menschen, die irgendwo in Ost-, Süd- oder Mittelanatolien leben, im Vergleich zu den im Westen des Landes lebenden Leuten in vieler Hinsicht benachteiligt sind. Das hat wenig mit Diskriminierung oder Nicht-Anerkennung von Rechten zu tun, sondern mit örtlichen Bedingungen.

Kappert: Warum Ostanatolien eine Region bezeichnet, in der Fortschritt und Entwicklung nicht in der Weise vorangetrieben wurden wie im Rest der Türkei, wird Herr Saydam sicherlich anders erklären als Herr Külahci. Ich möchte beiden Herren folgende Frage stellen: Warum ist es für einen Staat eigentlich so problematisch, wenn ein Teil seiner Bürger – sagen wir, ein Viertel – sich freudig dazu bekennt, kurdischer Abstammung zu sein, kurdische Lieder singt, kurdische Feste feiert, die Kinder in der kurdischen Sprache ausbilden lassen möchte? Geht der Staat daran zugrunde, wie ein Großteil türkischer Politiker offensichtlich bis heute glaubt? Mehr kulturelle und religiöse Autonomie sowie Gleichstellung mit den drei anderen genannten Minderheiten waren die Forderungen, die von kurdischer Seite bis in die 70er Jahre hinein gestellt wurden. In den Augen türkischer Politiker und Regierungen war dies schon zuviel, weil das schlichte Bekenntnis eines Viertels der Bevölkerung »Ich bin kurdisch« für sie offenbar bereits die Katastrophe bedeutete. Ließe sich auf dieser Basis eine andere Art der Solidarität und des Zusammenlebens denken? Herr Saydam, Sie werden natürlich »Ja« sagen, aber wo liegen die realen Gefahren?

Saydam: Ich will mit einigen Sentenzen antworten, die als Säule der islamistischen Ideologie, der Staatsideologie der Türkei, gelten und welche die Politik gegenüber den Minderheiten bzw. den Ethnien dieses Landes sehr deutlich machen. Im Jahre 1930 sagte der seinerzeitige Innenminister exakt folgenden Satz: »Der Herr dieses Landes ist der Türke. Alle anderen haben lediglich eine Lebenschance: Sklave zu sein.« Weiterhin: »Jeder soll sich glücklich schätzen, daß er sich Türke nennen kann. Ein Türke ist so viel wert wie die gesamte Welt.« Das sind die Säulen dieser Ideologie; die Folge: Türkisierung.

Sie, Frau Kappert, haben zu Beginn unserer Diskussion vom Riesenreich gesprochen, das untergehen mußte. Vom Osmanischen Reich blieb eigentlich nur dieser Rumpf Anatolien, eigentlich kein rein türkisches, sondern ein von vielen Minderheiten – u. a. Armeniern – bewohntes Gebiet. Das »Armenier-Problem« wurde ja von türkischer Seite im Jahre 1918 gelöst – und wir wissen, auf welche Weise. Hinsichtlich der islamischen und sich in der Mehrheit befindlichen Kurden hoffte man, sie durch eine Assimilationspolitik irgendwann einmal zu Türken zu machen, die dann »Bergtürken« heißen sollten. Jeder, der sich zu seiner eigentlichen kurdischen Identität bekannte, war Feind, Separatist und

ist noch heute Separatist. Wenn Herr Külahci behaupten würde, daß ein Kurde auch Staatspräsident werden kann, so gebe ich ihm recht. Aber nur unter Verleugnung seiner Abstammung, wenn er sich zum Türkentum, zu jener Ideologie, die ich vorhin skizziert habe, bekennt. Sobald er sich jedoch zu seiner Abstammung und Identität bekennt, ist es aus (wie es seinerzeit bei jenem Minister der Fall war, der wegen seiner Aussage »Ich bin ein Kurde« 1980 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde). Man kann sich als Kurde bis zum Staatspräsidenten, ja sogar Stabschef hocharbeiten, wenn man das Türkentum unterstützt und seine eigene Identität verleugnet, sich assimilieren läßt im Sinne eben dieser Ideologie. In einer demokratischen Gesellschaft geht es aber darum, daß religiöse oder ethnische Gruppen sich vollkommen frei zu ihrer Herkunft oder zu ihrer Identität bekennen können, ohne Repressionen befürchten zu müssen. Und genau das ist in dieser sogenannten Demokratie nicht der Fall. Wenn der Staatspräsident anläßlich der beabsichtigten Änderung oder Streichung eines Paragraphen im Antiterrorgesetz verlauten läßt, er müsse erst einmal die Militärs fragen, dann frage ich hier: Bitte, wo ist die Demokratie? Entscheidet das Parlament oder entscheiden die Militärs, ob ein Paragraph gestrichen wird oder nicht?

Külahci: Man muß mit dem, was die Begriffe »Türke« und »Türkentum« u. ä. angeht, sehr vorsichtig sein. Sie bezeichnen die Staatsangehörigkeit, und in der heutigen Verfassung heißt es sinngemäß: »Jeder, den mit dem türkischen Staat das Band der Staatsangehörigkeit verbindet, ist Türke«. Die türkische Staatsangehörigkeit hat nichts mit dem Staatsangehörigkeitsverständnis der Deutschen zu tun, das existiert in der Türkei nicht.

Saydam: Nein, da muß ich vehement widersprechen. Als der türkische Staatspräsident im Mai letzten Jahres vorschlug, in die Verfassung die Staatsbürgerschaft *nach* Verfassung einzuführen, zog er sich massive Proteste zu. Denn damit würde ein Weg eingeschlagen, der in der Anerkennung der anderen Minderheiten mündete. Und genau dies ist abgelehnt worden. In der Verfassung wird eindeutig vom türkischen Volk gesprochen!

Külahci: Vom türkischen Volk ist in der Verfassung überhaupt nicht die Rede. Türkischer Staatsbürger, Staatsvolk, nicht türkisches Volk. Es geht nicht um die Rasse, sondern um die Leute, die zu diesem Staat gehören. Mit der Staatsangehörigkeit sind sie Türken. Da muß man genau differenzieren!

Kappert: Dennoch: Wenn das Staatsvolk die Sprache, die Gebräuche, die Sitten und Namen und alles mögliche andere bestimmt, dann läuft es doch darauf hinaus, daß derjenige, der es zu etwas bringen will, den türkischen Weg gehen muß und nicht den etwas anderen des Griechen, des Armeniers oder des Kurden. Ich wiederhole noch einmal meine Frage: Was gefährdet diesen Staat Türkei, wenn ein Kurde sagt, er sei Kurde, und wenn ein Grieche sagt, er sei Grieche? Nun, Griechen gibt es in diesem Land nur ein paar Tausend, aber ein Viertel der Bevölkerung ist kurdischer Herkunft, und dieses Viertel steht immer im Verdacht, aufgrund seiner ethnischen Identität auch einen kurdischen Staat zu fordern. Das aber ließe die Türkei in der Tat auseinanderbrechen. Mit großer Verblüffung, Herr Külahci, habe ich verschiedentlich auch von Ihren türkischen Journalisten-Kollegen Überlegungen gehört, die dahin gehen, sich eine Türkei ohne ihre kurdischen Gebiete vorzustellen. Auf diese Weise entledigte man sich eines Landesteiles, der als Armenhaus der Türkei gilt, die Kurden »schmorten« gleichsam im eigenen Saft, und der Türkei »ginge es herrlich«. Auch eine solche Überlegung dürfte ein Novum und ein Tabubruch sein.

Külahci: Das ist eine abenteuerliche Vorstellung! Das kurdische Gebiet – wo ist es denn überhaupt in der Türkei? Wenn Herr Saydam selbst sagt, daß Kurden heute überall in der Türkei leben, dann frage ich: Wo ist das Kurdengebiet? Angenommen, man sagt den Kurden: »Bitte schön, nehmt mal dieses Südostanatolien und macht dort, was ihr wollt!« Wäre das eine Lösung? Nein! Das würde auch international schwerwiegende und gar nicht wägbare Folgen provozieren. Wir wollen mit den Volksangehörigen kurdischer Abstammung in der Türkei zusammenleben, und zwar friedlich.

Kappert: Das ist sicherlich die realistischere Variante. – Ich denke, wir sollten an diesem Punkt die Podiumsdiskussion abschließen und uns den Fragen aus dem Publikum zuwenden.

Frage: In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind einige Staaten entstanden, ohne daß die dort ansässigen Völkergruppen zur bewaffneten Auseinandersetzung gegriffen haben. Beispiele sind die ehemalige Tschechoslowakei und Belgien. Am 16. Juni dieses Jahres erklärte der Vorsitzende des kurdischen Exil-Parlaments: »Wir sind sehr an einer Lösung des Konflikts interessiert. Diese Lösung könnte z. B. ein föderativer Staat oder ein Kantonsystem sein. Wir sind bereit, über solche konkreten Beispiele zu diskutieren«. Meine Frage an Herrn Külahci lautet: Wie schätzen Sie die Bereitschaft der Türkei ein, über solche konkreten Beispiele, die zu einer politischen Umstrukturierung der Türkei führen könnten, zu diskutieren? – Und noch eine zweite Frage an Sie, Herr Külahci: Die Menschen, die hier sitzen und auch viele von uns Türken haben die Sorge, der Konflikt könne eine ethnische Dimension erreichen. Sie sind Journalist einer Zeitung, die an der Spitze der türkischen Presse steht und den Konflikt in diese Richtung zuspitzt. Haben Sie über die Rolle der Presse in diesem Zusammenhang genügend nachgedacht, und wenn ja, zu welchen Schlüssen sind Sie gekommen?

Külahci: Zur ersten Frage: Belgien ist heute kein gutes Beispiel mehr. Wir sehen gerade in den letzten Jahren, welche Schwierigkeiten es auch in diesem reichen und demokratischen Land hinsichtlich des Zusammenlebens der Volksgruppen gibt. Für mich ist – ich wiederhole es – die menschliche Perspektive die wichtigste im türkisch-kurdischen Konflikt. Jeder Tote ist ein Toter zuviel, ganz gleich welcher Herkunft. Schon deshalb muß man versuchen, alle denkbaren Möglichkeiten zur Sprache zu bringen, wozu auch ein föderatives System gehört. Ich sagte es schon: darüber wird in der Türkei diskutiert. Ich habe allerdings meine Zweifel, ob das zu realisieren ist. Von Bonn, Paris oder London aus ist es viel einfacher, über Vorschläge oder Lösungen zu sprechen. Ich könnte Ihnen hier vom Podium aus viele Vorschläge unterbreiten, die auch von Ihnen applaudiert werden könnten. Mit unrealistischen Vorschlägen aber, seien sie auch von vielen Menschen für gut befunden, erreicht man nichts. – Zur Rolle der Presse: Natürlich hat sie eine enorm wichtige Funktion, ob in Deutschland oder in der Türkei. Die türkische Presse ist nicht viel anders als die Presse anderer Länder. Es gibt wahrscheinlich wenige Personen unter Ihnen, die wissen, wie sich die englische Presse während der Falkland-Krise verhalten hat. Von daher also würde ich die türkische Presse nicht unbedingt kritisieren wollen. Auch Herr Saydam wird zugeben müssen, daß in der türkischen Presse sehr viele verschiedene Meinungen zu Wort kommen. Auch in unserer Zeitung, der *Hürriyet*, schreiben Kolumnisten, die nicht wie andere Kollegen denken und über die Kurden-Problematik ganz offen und öffentlich diskutieren, unabhängig davon, ob deren Meinung den Politikern oder der Regierung gefällt oder nicht. Ich sehe in dieser Hinsicht in der türkischen Presse eine pluralistische Meinungsvielfalt gewahrt.

Frage: Ich möchte einige Worte zur Pressefreiheit und zur Art und Weise äußern, wie Sie, Herr Külahci, sich heute abend vorgestellt haben. Sie sehen sich nicht als Vertreter der türkischen Seite, womit Sie sich schon einmal distanzieren...

Külahci: Ich habe nur gesagt, daß ich nicht der Sprecher der türkischen Regierung bin. Ich habe nicht gesagt, daß ich nicht die türkische Sache vertrete.

Frage: Nein, nein! Das ist genau dasselbe, was ich sagen wollte.

Kappert: Das ist schon ein Unterschied!

Frage: Desweiteren haben Sie den Zuhörern von vornherein klar gemacht, daß Sie auch mit Ihrer Zeitung *Hürriyet* nicht ganz einer Meinung sind. Eine erneute Distanzierung! Und nun frage ich Sie: Warum distanzieren Sie sich von allem, worüber geredet werden soll in diesem *Osnabrücker Friedensgespräch*, das als Streitgespräch geplant ist? Erstens: Zur wirtschaftlichen Dimension des Konflikt, die Herr Saydam angesprochen hat, sagen Sie, man brauche nicht darauf einzugehen, das sei zweitrangig. Zweitrangig?

Külahci: Das ist meine Meinung. Ich kann meine Meinung haben!

Frage: Alles klar! Zweitens: Eine Diskussion über deutsche Waffen – darauf brauche man nicht einzugehen! Ferner Abschiebung – wieso solle man darüber reden? Das sei kein Diskussionspunkt. Aber worauf gehen Sie ein? Worauf sind Sie denn eingegangen? Nur auf eines: das jetzige System des türkischen Staates, so wie es ist, von A bis Z zu verteidigen! Sie sagen, es gebe keine rechtliche Benachteiligung für Kurden. Ich möchte Ihnen über einige rechtliche Grundlagen, über Ihre türkische Verfassung berichten. So gilt noch heute eine Verordnung über Familiennamen vom 24.12.1931, in der es heißt: »Neu zu erteilende Familiennamen werden der türkischen Sprache entnommen. Namen fremder Rassen und Nationen dürfen als Familiennamen nicht verwandt werden«. Weiterhin dürfen die Kurden nicht die kurdischen Namen von Städten und Dörfern verwenden. Wir reden hier über Recht und über nichts anderes! Da heißt es, Dorfnamen, die nicht türkisch sind und zu Verwechslungen Anlaß geben könnten, werden nach Einholung der Stellungnahme des ständigen Provinzrates in kürzester Zeit durch das Innenministerium umbenannt. Art. 1, Abs. 2 des am 10. Juni 1949 in Kraft getretenen Gesetzes 5442 über die Provinzverwaltungen...

Kappert: Ich glaube, wir haben den Tenor dessen verstanden, was Sie anmerken möchten. Herr Külahci ist in erster Linie gefragt...

Frage: Ich komme gleich zum Ende. Sie haben zum Schluß behauptet, die türkische Presse schreibe nicht einseitig. Wenn es angeblich eine Pressefreiheit gibt, wieso wurden die oppositionellen Zeitungen dem Erdboden gleichgemacht, und zwar auf Anweisung der Regierung, wie eindeutige Dokumente beweisen. Es muß klar gesagt werden, daß die Presse in der Türkei die wichtigste Säule ist im Krieg gegen die Kurden. Dazu ein Beispiel: In diesem Jahr ist die türkische Armee mit über 100.000 Soldaten in Südkurdistan einmarschiert. Nach Berichten, die Ihnen als Journalist vorliegen müßten, haben sich die Angriffe des türkischen Militärs gegen Flüchtlingslager gerichtet, bewohnt von aus Nordwestkurdistan geflohenen Kurden. Das sind gesicherte Informationen der internationalen Hilfsorganisationen, die vor Ort sind. Was schreibt Ihre Zeitung, was macht die türki-



Ahmet Külahci

Photo: E. Scholz

sche Presse? Es wird eine Kampagne gestartet unter dem Titel »Hand in Hand mit den türkischen Soldaten«. Und Hand in Hand mit den türkischen Soldaten findet eine 60stündige Sondersendung im türkischen Fernsehen statt, gleichzeitig mit einem Spendenaufruf Ihrer Zeitung. Sie rufen zu Spenden auf für diesen Krieg, für das Militär! Und dann wollen Sie über Pressefreiheit reden?

Külahci: Das war ja keine Frage, das war ja ein Statement oder gar ein Vortrag! Erstens: Ich habe mich von der *Hürriyet* nicht distanziert. Ich habe lediglich gesagt, daß ich nicht mit allem, nicht mit jedem Artikel einverstanden bin oder immer alles vertrete, was in der *Hürriyet* erscheint. Die *Hürriyet* vertritt den Standpunkt, daß innerhalb der Türkei, also unter Bewahrung der territorialen Integrität dieses Landes, alle Menschen miteinander zusammen und friedlich leben müssen. Diesen Standpunkt vertrete auch ich. Weiterhin habe ich lediglich betont, daß ich nicht der Sprecher der türkischen Regierung bin. Gleichwohl fühle ich mich der türkischen Seite in den hier diskutierten Fragen verbunden, und ich bin eingeladen worden, über diese Problematik zu debattieren.

Zweitens: Ich will hier nicht im Detail darüber diskutieren, was Pressefreiheit ist oder wer Pressefreiheit genießt. Selbstverständlich ist es für mich als Journalisten nicht zu akzeptieren, wenn in der Türkei oder irgendwo anders Journalisten zum Schweigen gebracht werden – ob durch Tötung oder Entlassung. Wenn – wie geschehen – ein türkischer Kollege einer türkischen Zeitung seinen Job verliert, weil man mit seinen Kommentaren nicht einverstanden ist, so finde ich das so empörend wie Sie auch. Der Kollege muß doch sagen oder schreiben dürfen, was er sich vorstellt! Ein solches Verhalten sollte aber auch genauso in einem demokratischen Staat wie Deutschland zu kritisieren sein. Denn wenn der Chefredakteur des *Spiegels* deshalb von seinem Herausgeber Rudolf Augstein

entlassen wird, weil er einmal dafür plädiert hat, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben, so ist das ein vergleichbarer Fall. Und zwar in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland, wo die Pressefreiheit ganz großgeschrieben wird. Das ist dann genauso zu kritisieren wie in der Türkei.

Saydam: Es gibt ohne Zweifel große Unterschiede zwischen den türkischen und den westeuropäischen Pressemedien. Einer dieser Unterschiede besteht z. B. darin, daß sich die Medien – etwa in Deutschland – in aller Regel an einen bestimmten, allgemein anerkannten Ehrenkodex halten und auf diese Weise Verunglimpfungen vermeiden. Ich kann mich nicht entsinnen, daß ein Massenblatt hier in der Bundesrepublik auf der Titelseite jeder einzelnen Ausgabe oben links den Satz »Deutschland den Deutschen« druckt. Aber in der *Hürriyet*, deren Mitarbeiter Sie sind, da liest man täglich an eben dieser Stelle groß und fettgedruckt den Satz »Die Türkei den Türken«.

Külahci: Wenn in der *Hürriyet* »Die Türkei den Türken« steht, so heißt das nicht gleichzeitig »Kurden 'raus«! Wenn man jedoch hier in der Bundesrepublik »Deutschland den Deutschen« sagt, so impliziert das vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zwangsläufig »Ausländer 'raus«! Mein Gott!, solche Aussagen muß man doch immer im historischen Zusammenhang interpretieren...

Saydam: Nein, nein! Ich möchte ungern unterbrochen werden. Weiterhin: Als fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen hier in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend bekannt wurden, haben sich sehr viele Medien, vom Fernsehen bis zu den Printmedien, zu einer gemeinsamen Kampagne gegen diese schrecklichen Phänomene zusammengeschlossen. So etwas erleben wir in der Türkei leider nicht. Zwar gibt es einige wenige Zeitungen, die diese Frage differenzierter behandeln, zu denen die *Hürriyet* allerdings keinesfalls zu zählen ist. Im Gegenteil, dort schreiben u. a. Kolumnisten, die man meiner Meinung nach tatsächlich als Menschenfeinde bezeichnen kann. Menschen, die zur türkischen Politik in der Kurdenfrage eine kritische Haltung einnehmen und die Menschenrechte in diesem Land anmahnen, werden dort als Türkenverräter verunglimpft. Solch ein Verhalten würde hier in Deutschland sehr schnell vor dem Presserat landen – was mit der *Hürriyet* auch tatsächlich geschah. Sie ist die erste ausländische Zeitung, die vom Deutschen Presserat wegen Verunglimpfung von Personen, seien es deutsche oder türkische, gerügt wurde. Man muß schon differenzieren! Ich will Ihnen nicht in Abrede stellen, daß es auch hier in den Medien Fremdenfeindlichkeit gibt. Aber es gibt eben auch die demokratischen Kräfte, die sich vehement und mit Erfolg dagegenstellen. Es ist die Aufgabe der Medien, zur Deeskalation, zum friedlichen Miteinanderleben beizutragen. Diese Aufgabe erfüllen die türkischen Medien nicht. *Das* ist zu kritisieren! Es geht nicht um die Frage, ob die deutschen Medien besser sind oder die türkischen. Es geht vielmehr um die Frage, ob die Medien ihren Aufgaben und Pflichten als gleichsam vierte Macht im Staate oder in der Gesellschaft nachkommen oder nicht. Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß in Deutschland kein Zensurgesetz existiert, ganz im Gegensatz zur Türkei, deren Pressezensur zur Selbstzensur der Menschen geführt hat – leider.

Frage: Es gibt das Wort von der – ich übersetze ins Deutsche – »orientalischen Verschlagenheit«, womit die Manier gemeint ist, Sachverhalte zu verharmlosen, Überlegungen lediglich anzudeuten oder zu relativieren. Ich finde diese relativierenden Vergleiche zwischen der Türkei und Deutschland unerträglich, obwohl ich als Kurde die deutsche Politik nicht verteidigen will, denn auch hier werden Repressalien gegenüber Ausländern

und Minderheiten verübt. Aber in Deutschland hat man nicht – wie in der Türkei – innerhalb eines Jahres 300 Menschen entführt und dann getötet. Ihre relativierenden Ausführungen, Ihre Vorgehensweise, Ihre Verharmlosungen von Repressionen: immer nur Andeutungen! Sie haben angedeutet, daß Sie für Frieden, für eine friedliche Lösung des Konflikts, für die Pressefreiheit, für die Rechte der Kurden und gegen deren Abschiebung aus Deutschland sind. Meine Frage bezieht sich auf eine UNO-Resolution, die ich kurz zitiere: »Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung«. Befürworten Sie, Herr Külahci, diese Maxime der UNO-Charta? Und wenn ja, würden Sie morgen in Ihrer Kolumne schreiben, daß unbedingt eine friedliche Lösung gefunden werden muß und daß sich dafür die Kriegsparteien, der türkische Staat und die PKK an einem Tisch zusammenfinden müssen? Würden Sie das – ohne »orientalische Verschlagenheit« – schreiben? Damit wir klar wissen, welche Position Sie einnehmen!

Zwischenruf: Da reicht ein »Ja« oder »Nein«!

Külahci: Ich bin nicht hier, um lediglich »ja« oder »nein« zu sagen. Das wäre angesichts der komplexen Probleme auch nicht möglich. Zunächst eine kurze Bemerkung zu dem, was die *Hürriyet* und den Deutschen Presserat angeht. Ich bin natürlich vollkommen damit einverstanden, daß alle Medien in der Bundesrepublik Deutschland oder der Türkei diesen Pressekodex respektieren. Ich bin aber auch der Meinung, daß sich solche Institutionen an die diesbezüglichen Satzungen halten sollten. So ist nach der Satzung des Deutschen Presserates davon die Rede, daß er nur für deutsche Presseerzeugnisse zuständig ist. Somit ist er eben rechtlich *nicht* dazu befugt, der *Hürriyet* irgendeine Rüge zu erteilen.

Ich denke nicht, daß ich hier irgend etwas verharmlost habe. Ganz gleich, ob ein Mensch stirbt oder zehn oder 300 sterben – jeder Tote ist ein Toter zuviel. Und was die *Hürriyet* angeht, so sollte man sie genau lesen! Auch der Kollege Saydam hat nur bis zur zweiten Seite gelesen, die folgenden 22 ignoriert. Es gibt in dieser Zeitung Mitarbeiter, die sich täglich mit der Kurdenproblematik befassen und auch nicht jeden Standpunkt der türkischen Regierung vertreten. Ich selbst könnte ohne weiteres darüber schreiben, und niemand würde mir vorschreiben, was ich darüber zu Papier bringen soll. Meine Aufgabe ist es, die in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Ereignisse zu kommentieren, nicht die Vorgänge in der Türkei. Warum soll ich denn nicht für den Frieden plädieren? Ich habe hier meinen Standpunkt nachdrücklich erklärt. Ich will innerhalb der jetzigen Grenze in der Türkei mit allen ethnischen Gruppierungen, ob Kurden, Tschechen, Tartaren, Armeniern, Juden, Griechen usw. friedlich leben. Warum sprechen Sie mir meinen Friedenswillen ab? Das verstehe ich nicht!

Frage: Ich habe heute einem Demagogen, Ihnen, Herr Külahci, applaudiert. Und zwar, weil Sie an einer Stelle endlich einmal etwas Ehrliches gesagt haben. Sie haben davon gesprochen, daß es widerlich sei, wenn Deutsche zuerst Waffen liefern, um dann dagegen zu protestieren, daß damit Menschen getötet werden. Unmittelbar davor versicherten Sie, das Töten von Menschen sei überhaupt das Schlimmste. Und nun möchte ich wissen, wie diese beiden Aussagen in ein Hirn, das natürlich aus zwei Hälften besteht, gleichzeitig hineinpassen? Wenn Sie ernsthaft für eine friedliche Lösung des Konflikts sind, so müßten Sie Ihre Waffenposition folgendermaßen darstellen: Da ein Land dumm wäre, wenn es gelieferte Waffen nicht sogleich einsetzte, hat Deutschland bis zur endgültigen

friedlichen Lösung der Kurdistanfrage kein Gewehr, keinen Panzer, kein Rüstungsgut mehr zu liefern. Und das schreiben Sie morgen in der *Hürriyet*!

Külahci: Ich habe in dieser Hinsicht gesagt, was ich denke. Man soll nicht erst die Waffen liefern und dann sagen: »Bitte nicht einsetzen!« Es sollten überhaupt keine Waffen in andere Länder exportiert werden, egal, ob in die Türkei oder nach Spanien oder sonstwohin!

Frage: Und das schreiben Sie dann?

Külahci: Das schreibe ich! Darüber schreibe ich ja immer!

Kappert: Gut! Letzte Runde zu einem Bereich, der eine große Rolle spielt und bisher noch nicht hinreichend zur Sprache gekommen ist. Das ist die Frage, inwieweit das Zusammenleben der beiden Gruppen hier in Deutschland von diesem Konflikt bestimmt wird. Auch hier werden die Gegensätze größer, die Auseinandersetzungen stärker und mit zunehmender Härte geführt. Beide Herren möchte ich fragen: Ist das unausweichlich, und welche Perspektiven, Strategien in Deutschland sind denkbar? Kommt man zu anderen Überlegungen, Denkanstößen und Ergebnissen? Oder wird sich der Krieg in der Türkei als kleinerer Krieg unter Türken und Kurden in Deutschland fortsetzen?

Saydam: Der Konflikt wird sich hier verschärfen, solange er in der Türkei nicht gelöst wird; dort liegt dessen Herd. In Deutschland wird das dann von insbesondere konservativ-reaktionären Kräften genutzt, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Das betrifft nicht nur die türkische, sondern auch die deutsche Seite, denn damit kann die Fremdenfeindlichkeit, deren Speerspitze gegen sog. »Türken« gerichtet ist, verschärft werden. So hat man die letzten gewaltsamen Ausschreitungen gegen Einrichtungen von Menschen aus der Türkei – darunter auch Kurden und Aleviten – pauschal der PKK in die Schuhe geschoben. Sicherlich hat die PKK in der Vergangenheit Riesenfehler gemacht, indem sie selbst zur Gewalt griff. Aber auch in der rechtsstaatlichen deutschen Gesellschaft gilt jemand so lange als unschuldig, bis ihm seine Schuld zweifelsfrei nachgewiesen ist. Das ist eine Form der Kriminalisierung, die zur jahrzehntelangen, von den Bundesbehörden betriebenen Diskriminierung der Kurden insgesamt paßt: So sind seit 1985 die kurdischen Gruppen und Vereine mit einem Verbotserlaß des Bundes belegt. Das bedeutet, daß wir für Integrationsmaßnahmen keine Mittel erhalten, und zwar aufgrund der bloßen Tatsache, daß wir Kurden und Armenier sind. Hinzu kommt, daß der türkische Staat und auch viele türkische Intellektuelle die Feindschaft bewußt schüren. Und die Medien beteiligen sich daran. Wie soll dieser Konflikt gelöst werden, solange Menschen sterben, sei das ein kurdischer Guerillakämpfer oder ein türkischer Soldat! Wie verhält sich der Staat? Mit Riesepomp, mit Fernsehen und Rundfunk, wird ein Begräbnis für den gefallenen Soldaten inszeniert, und seitenlange Berichte füllen die Zeitungen. Es ist ganz klar: durch derartige Verhetzungen bringt man die Volksseele zum Kochen. Jeder Türke und Kurde ist gefühlsmäßig von den Ereignissen dort betroffen, und jeder hat Verwandte dort wie hier. Wir müssen aufrichtig dazu beitragen, von uns aus – Türken und Kurden jeweils auf ihrer Seite – die bewaffnete Auseinandersetzung, den Krieg zu beenden. Ich sehe da gewisse Anzeichen. Mehrere kurdische und türkische Organisationen – auch mein Verband ist darunter – führen z. B. gemeinsame Veranstaltungen durch, zu denen wir beide Volksgruppen einladen, damit sie von ihren eigenen Leuten hören, daß dieser Konflikt die Brücken zwischen unseren beiden Völkern nicht zerstören darf. Wir sind uns dessen

bewußt, daß wir damit nicht viel erreichen; deshalb aber überhaupt nichts zu tun, ist mir nicht möglich.

Külahci: Ich teile Herrn Saydams Meinung: Beide Seiten müssen sich von der Gewalt distanzieren. Ich empfinde es daher besonders bedrückend, daß die Animositäten zwischen Türken mit türkischer Staatsangehörigkeit und Abstammung und Kurden mit kurdischer Abstammung und ebenfalls türkischer Staatsangehörigkeit in Deutschland derart eskalieren. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, die Zerstörung der Verständigungsbrücken nicht nur zu verhindern, sondern diese Brücken auch zu stabilisieren.

Kappert: Meine Damen und Herren, das waren schon die Schlußworte der beiden Herren. Es ist bei weitem nicht alles gesagt worden; vieles bleibt offen mit mehr oder weniger bedrohlichen oder doch schon erfreulichen Konturen. Der Konflikt, der heute im Mittelpunkt der *Osnabrücker Friedensgespräche* stand, wird noch lange von sich reden machen. Je länger er anhält, desto problematischer wird er sich gestalten. Von Jahr zu Jahr scheinen sich die Zeichen zu verschlechtern, dieses Konflikts Herr zu werden. Es wird noch viele Diskussionen überall in Deutschland geben, die den daran Teilnehmenden wenigstens ein wenig den Eindruck vermitteln, daß weitergedacht, Lösungen angesprochen, neue Ansätze ins Gespräch gebracht werden. Mehr kann man wohl nicht erwarten. Auch die Schlußworte der beiden Diskutanten – und sie haben sich in dieser Aussage gegenseitig bestätigt – fordern dazu auf, den Dialog nicht abreißen zu lassen, vielmehr »die Brücke zu stabilisieren«. Und wenn *beide* darin übereinstimmen, so ist das etwas, was an diesem Abend nicht unbedingt zu erwarten gewesen ist!